Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 1.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 282 — Mittwoch, den 3. Dezember 1919 — 47. Jahrgang

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 2. Dezember.)

Unter den kurzen Anfragen befindet sich eine solche über die Belassung des zum Kultusminister der Regierung Dorten ausersehenen Oberlehrers Klaus Kraemer im Dienst. Kraemer sei Mitunterzeichner der landesverräterischen Erklärung vom 1. Juni. — Ein Regierungsvertreter erklärt, der gegenwärtig auf Grund ärztlichen Zeugnisses beurlaubte Kraemer werde in jeder Hinsicht von den Franzosen gedeckt. Die Regierung sei bereit, die betreffende Schule zu schließen. (Beifall.) Das Gesetz über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände wird an den Ausschuß verwiesen.

Bei der ersten Lesung eines Gesetzes über die Bildung einer Stadt Großberlin betont Unterstaatssekretär Dr. Freund, die Vorlage wolle unter Zusammenfassung der jetzt zersplitterten Kräfte eine größere Sparsamkeit in der Verwaltung der einzelnen Gemeinden herbeiführen. Durch den Gesetzentwurf müsse namentlich den ärmeren Vorortgemeinden ein Ausgleich geschaffen werden. — Abg. Bruns (Soz.) beantragt einen Ausschuß von 27 Mitgliedern und hofft, daß das Gesetz am 1. April in Kraft treten kann. — Abg. Lüdecke (Deutschnatl.): Es ist ein bedenkliches Unterfangen, geschichtlich gewordene Einzelgemeinden zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Wir fürchten, die Eingemeindung wird zur Folge haben, daß die Bezirksversammlung zur Hochburg der Kirchturmpolitik wird. Man soll es sich nochmals sehr überlegen, ob man die vielen blühenden Gemeinden wirklich in die Zwangsjacke der Einheitsgemeinde stecken will. — Abg. Leidig (Deutsche Volksp.): Die Vereinheitlichung wird nur unnötig große Verwaltungsschwierigkeiten machen. Großberlin wird über 4 Millionen Einwohner zählen.

Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen geht die Vorlage an den Ausschuß von 27 Mitgliedern.

Es folgt die förmliche Anfrage von Zentrumsmitgliedern über die Steuerveranlagung von Kriegsteilnehmern. — Abg. Schülling (Ztr.): Unter den Kriegsteilnehmern ist große Beunruhigung entstanden, weil sie von den Steuerbehörden nach dem voraussichtlichen Einkommen des laufenden Jahres veranlagt werden. Es kommt vor, daß die Kriegsteilnehmer steuerlich stärker herangezogen werden, als im Einkommen ihnen gleichartig gestellte Personen. — Ein Regierungsvertreter erwidert, die Regierung habe sorgfältig erwogen, wie Härten zu vermeiden sind. Es sei unmöglich gewesen, das Jahr 1918 zur Grundlage zu nehmen, denn es läßt sich nicht feststellen, wie viel Einkommen jemand gehabt hätte, wenn er nicht im Kriege gewesen sein würde. Die Besorgnis, daß eine steuerliche Ueberbürdung von Kriegsteilnehmern stattfinden werde, sei nicht begründet.

Bei der förmlichen Anfrage der Sozialdemokraten über die Arbeitslosigkeit in Westpreußen und Danzig bemerkt Abg. Wende (S.) die Arbeitslosigkeit werde verstärkt durch die Zurückziehung von Staatsaufträgen. Im Hinblick auf die bevorstehende Abtretung würden selbst dringend notwendige neue Arbeiten nicht in Angriff genommen. — Ein Regierungsvertreter bestreitet, daß seitens des Ministers der öffentlichen Arbeiten notwendige Arbeiten eingestellt worden seien.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die Antwort des Obersten Rates.

(TU) Die Antwort des Obersten Rates auf die jüngste deutsche Note wegen der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen, welche gestern in Berlin eingetroffen ist, sagt u. a.: Was die Kriegsgefangenen anbetrifft, so hat Deutschland nur ein durch den Friedensvertrag, den es unterzeichnete, festgesetztes Recht, und das besagt, daß die Heimsendung der Gefangenen an dem Tage beginnen soll, wo der Vertrag in Kraft tritt, also nach vollendetem Austausch der Ratifikationen. Die Alliierten behaupten, daß die Anspielung auf französische Versprechungen jeder Begründung entbehrt. Die Heimsendung der Kriegsgefangenen wurde unterbrochen, weil einzelne Punkte des Waffenstillstandes von der deutschen Regierung gebrochen oder nicht erfüllt oder nur unvollkommen erfüllt wurden. Die Verzögerung der Verhandlungen und die dadurch hervorgerufene Verzögerung der Ratifikation durch die Handlungsweise der deutschen Regierung wirft die volle Verantwortlichkeit für alle Folgen auf die Schultern der deutschen Regierung, besonders für die Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich, die dort, nebenbei bemerkt, wohlwollend und menschlich behandelt werden. Die Deutschen bestreiten es selber nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind, und daß die Moral der Welt Schaden litte, wenn diese Verbrechen, deren Urheber bekannt sind, ungestraft blieben. Kein Mensch, der durch die nördlichen Teile Frankreichs und Belgiens kommt und mit eigenen Augen sieht, wie Provinzen planmäßig verwüstet, alle Industrieanlagen dem Boden gleich gemacht, wie Wohnstätten mit methodischer Wildheit in Schutt verwandelt, alle Obstbäume einen Meter über dem Boden durchsägt, die Bergwerke gesprengt und ersäuft, die menschliche Arbeit ganzer Jahrhunderte haßerfüllt vernichtet ist, kann das Zögern Deutschlands begreifen, sich mit der Wiedergutmachung dieser Frevel abzufinden. Wenn derselbe unparteiische Beobachter dann aus dem Munde der Bewohner hört, welche Behandlung sie vier Jahre hindurch erfahren haben, welche abscheulichen Gewalttätigkeiten und Zwangsmittel gegen Mädchen angewendet wurden, die in roher Weise von ihren Familien getrennt worden waren, könnte er seine Entrüstung über die Stellungnahme Deutschlands und den anmaßenden Ton seiner Note nicht zurückhalten. Die Alliierten sind aufs höchste erstaunt, zu sehen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch jetzt der deutschen Verantwortlichkeit so wenig bewußt ist und nicht selbst die gerechte Bestrafung der begangenen Verbrechen fordert, daß ferner die Verbrecher selbst weder Mut noch Vaterlandsliebe genug besitzen, um freiwillig dem verdienten Urteile entgegen zu gehen, ihre Handlungen vor Gericht zu verteidigen und ihrem Lande die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern. Die Note führt ferner aus, daß die deutsche Regierung an der Verzögerung der Heimsendung der Gefangenen schuld sei, denn sie habe noch heute nicht auf die Note vom 1. November geantwortet. Ferner hatte sie erst ihre Abgeordneten nach Paris gesandt, um die Arbeiten der Ausführungskommission des Friedensvertrages in die Wege zu leiten und dann diese Delegierten zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder abberufen und zwar, obgleich das Datum und die Bedingungen zur Prüfung der aufgeworfenen Fragen im Einverständnis mit diesen Abgeordneten festgesetzt worden seien. Die deutsche Regierung gebe sich alle Mühe, durch die Kriegsgefangenenfrage die öffentliche Meinung Deutschlands gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich, aufzuhetzen.

Eine Ententenote über Deutschlands Wehrmacht.

(TU) Wie Reuter meldet, hat der Oberste Rat auf Vorschlag Fochs beschlossen, von Deutschland die Aufhebung seiner gegenwärtigen militärischen Organisationen zu verlangen, da sie im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages ständen. — Die Note über die deutschen Wehrorganisationen soll, wie die Voss. Ztg. hört, gestern in Berlin eingetroffen sein. Näheres über ihren Inhalt ist bisher nicht bekannt geworden.

Die deutsche Denkschrift über Scapa-Flow.

(W) Wie bereits früher mitgeteilt wurde, hat Ministerialdirektor v. Simson bei den Besprechungen im französischen Ministerium des Aeußern unter anderm auch den Standpunkt der deutschen Regierung in der Scapa-Flow-Frage dargelegt. Die Herren Dutasta und Berthelot, mit denen er die Besprechungen führte, haben damals gebeten, ihnen die juristische Begründung dieses Standpunktes schriftlich mitzuteilen. Dies ist, nachdem inzwischen noch einige bei der Besprechung neu aufgeworfene Fragen klargestellt worden sind, nunmehr geschehen. Freiherr v. Lersner hat dem Generalsekretär der Friedenskonferenz am 27. November eine ausführliche Denkschrift übergeben und deren Ausführungen mündlich erläutert. Der Inhalt der Denkschrift ist kurz zusammengefaßt der folgende:

Zunächst wird nachgewiesen, daß die verschiedenen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags, auf die sich die alliierten und assoziierten Regierungen zur Begründung ihrer Forderungen berufen haben, entweder den Fall überhaupt nicht treffen oder doch nicht die Auslegung zulassen, die ihnen von der Gegenseite gegeben worden ist. Dabei wird insbesondere hervorgehoben, daß mit der im Waffenstillstand vereinbarten Internierung der deutschen Kriegsflotte in keiner Weise über deren endgültiges Schicksal entschieden, und daß die Verpflichtung der deutschen Regierung mit der fristgemäßen Entsendung der Schiffe nach dem Firth of Forth erfüllt war. Als ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage wird in der Denkschrift dann aber die Tatsache hingestellt, daß die Versenkung der Schiffe nicht dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern dem Verhalten der alliierten und assoziierten Regierungen zur Last gelegt werden muß. Daß Admiral v. Reuter bei der Versenkung ohne Wissen und Willen der deutschen Heimatbehörden gehandelt hat, ist den gegnerischen Regierungen sofort nach dem Bekanntwerden des Vorfalls mitgeteilt worden und wird auch jetzt unbedingt aufrechterhalten. Anderseits wird festgestellt, daß die Kriegsschiffe, im Widerspruch mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags und ohne Rücksicht auf die deutschen Proteste nicht in einem neutralen, sondern in einem britischen Hafen interniert worden sind. Die Gegner haben eine Internierung in den in Betracht kommenden neutralen, namentlich also in niederländischen oder skandinavischen Häfen, überhaupt nicht versucht. Außerdem haben die Engländer bei der Internierung in Scapa-Flow gestattet, daß die Besatzungen wie Kriegsgefangene behandelt wurden. Insbesondere wurde ihr freier Verkehr mit der Heimat unterbunden. Wie die Denkschrift durch Klarlegung der Einzelheiten des Vorgangs nachweist, ist es lediglich auf diese Unterbindung des Verkehrs zurückzuführen, daß Admiral v. Reuter in jenen Tagen zu der Annahme kommen mußte, der Waffenstillstand laufe am 21. Juni mittags ab, und daß er daraufhin nach Seemannsbrauch die Versenkung der Schiffe veranlaßte. Hieraus ergibt sich einmal, daß der Admiral während des Aufenthalts der Schiffe in Scapa-Flow der Befehlsgewalt der deutschen Regierung tatsächlich entzogen war. Damit entfällt von vornherein jede Haftung der deutschen Regierung für die Handlungen des Admirals, denn für Anordnungen eines kriegsgefangenen Militärbefehlshabers ist sein Heimatsstaat nicht verantwortlich. Außerdem kommt aber das eigne Verschulden der Gegner hinzu, deren vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Ursache der Versenkung geworden ist. Es kann unmöglich zugegeben werden, daß die Alliierten von Deutschland den Ersatz eines Schadens fordern, der auf ein vertragswidriges Verhalten der Alliierten zurückzuführen ist und gerade infolge dieses vertragswidrigen Verhaltens von Deutschland überhaupt nicht verhindert werden konnte. Auf Grund dieser Ausführungen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Versenkung gefordert werden, von Rechts wegen als unbegründet zurückweisen muß.

Mit der Darlegung dieses Rechtsstandpunktes schließt die Denkschrift indes nicht. Die deutsche Regierung betont vielmehr zum Schluß, daß es nicht ihren Absichten entspräche, wenn durch eine derartige Streitfrage das auch deutscherseits dringend gewünschte alsbaldige Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen Schiedshof im Haag zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Vorschlag geht im einzelnen dahin, daß das Schiedsgericht zunächst die Frage entscheiden soll, ob die deutsche Regierung für die Versenkung der Schiffe verantwortlich ist. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde das Schiedsgericht die weitere Frage zu entscheiden haben, welcher Schade den alliierten und assoziierten Mächten durch die Versenkung erwachsen ist, und wie dieser Schade von Deutschland wieder gutzumachen sein würde.

Verdun und U-Bootkrieg.

Das Kriegsbuch „Die Oberste Heeresleitung 1914—16" (Verlag Mittler-Berlin) von Erich von Falkenhayn, Chef des Generalstabes vom 11. Sept. 1914 bis 29. August 1916, enthält unter den „wichtigen Entschließungen" während dieser Zeitspanne zum ersten Male eine eingehende Darlegung über die Gedanken der Offensive gegen Verdun Anfang 1916. Aus den mitgeteilten Aufzeichnungen von Falkenhayn über den entscheidenden Vortrag beim Kaiser um Weihnachten 1915 geht als interessanter Leitgedanke hervor, durch die Offensive vor allem das nicht direkt zu fassende England als den „Erzfeind in diesem Kriege" zu treffen, indem ihm „sein bestes Schwert aus der Hand geschlagen" wird: Frankreich. Und zur Erreichung des Zweckes wurde als Ziel Verdun gewählt, weil für dessen Behauptung — nach den Gedankengängen Falkenhahns — die französische Führung aus moralischen und militärischen Gründen gezwungen war, „den letzten Mann einzusetzen". „Tut sie es, so werden sich Frankreichs Kräfte verbluten, da es ein Ausweichen nicht gibt, gleichgültig, ob wir das Ziel erreichen oder nicht. Tut sie es nicht und fällt das Ziel in unsere Hände, dann wird die moralische Wirkung in Frankreich ungeheuer sein." Das französische Volk sollte also auf diesem Wege zur Erkenntnis seiner militärischen Hoffnungslosigkeit und zur Aufgabe seiner Trabantenrolle für England gebracht werden. Eine der Hauptstützen im Falkenhaynschen Plan war nun die gleichzeitige Einsetzung des uneingeschränkten U-Boottrieges. Sollte England durch die Schachmatsetzung Frankreichs mittelbar, so sollte es durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg gleichzeitig unmittelbar getroffen und dazu geführt werden, von seinen Vernichtungsabsichten abzustehen. Aber die deutsche Reichsleitung hat es anders gewollt. Falkenhayn schreibt:

„Als der unbeschränkte Unterseekrieg im Februar eröffnet werden sollte, erhob der Reichskanzler Einspruch dagegen. Er verlangte einen Aufschub von etwa Wochen bis Anfang April, um während desselben nochmals den Versuch einer Umstimmung der Vereinigten Staaten zu machen. Den Einwand, daß wir nach deren bisherigem Verhalten von Verhandlungen nichts zu erwarten hätten und daß keine Zeit für den Beginn der U-Boote günstiger wäre, als die der Agitationsperiode auf die bevorstehende Präsidentenwahl ließ er ebensowenig gelten wie die Sorge, daß ein späterer Beginn den Erfolg des Unterseekrieges beeinträchtigen könnte. Er würde hierin durch die veränderte Haltung des Admiralstabschefs, Vizeadmirals von Holtzendorff, gestützt, der sich auch die Ansicht gewonnen hatte, der kurze Aufschub würde das Endergebnis: Lähmung Englands im Laufe des Jahres 1916 nicht wesentlich schädigen, weil die während desselben fertigwerdenden Neubauten den Zeitverlust wettmachen würden. Die Entscheidung fiel zugunsten des vorläufigen Aufschubs des uneingeschränkten Unterseekrieges."

Auch als nach der ungeheuerlichen amerikanischen Susseknote, die keinen Zweifel mehr über Amerikas Haltung aufkommen ließ, und nach der Wirkungslosigkeit eines Ubootkreuzerkrieges in Verbindung mit der Passivität der sonstigen deutschen Flotte der Generalstabschef Falkenhayn im April 1916 erneut die sofortige Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges forderte, war die politische Leitung nicht dazu zu bewegen. Sie ließ sich von ihrer ablehnenden Haltung, wie Falkenhayn sagt, „auch durch die Betonung der Tatsache nicht abbringen, daß die rechtzeitige Anwendung des Unterseebootkrieges ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Kriegsführung und Kriegshoffnung wäre. Sie gab dem dadurch Ausdruck, daß sie dem amerikanischen Botschafter den Verzicht Deutschlands auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg mitteilte, ohne den Generalstabschef vorher in Kenntnis zu setzen."

Die militärischen Bedürfnisse Frankreichs in Friedenszeiten.

Das „Petit Journal" sagt in einem „Militärische Bedürfnisse Frankreichs in Friedenszeiten" überschriebenem Artikel: Im linksrheinischen Gebiet hat Frankreich eine Armee von 90 000 Mann unterhalten. Im Innern Frankreichs einschließlich Elsaß-Lothringen braucht man mindestens 180 000 Mann, in Marokko 75 000 Mann, in Algerien und Tunesien 60 000, in Syrien 30 000, in den französischen Kolonien 8000 Mann. Die aktive Armee müßte also in der Stärke von nahezu 520 000 Mann erhalten werden und, da die Einführung der einjährigen Dienstzeit in Frankreich nur 23 000 Rekruten zur Verfügung stellen würde, so müßten etwa 30 000 Berufssoldaten unterhalten werden, die außer in Frankreich, in den afrikanischen und ostasiatischen Kolonien anzuwerben seien.

Klagelied der elsaß-lothringischen Sozialisten.

Der Sozialist Grumbach (Homo) schreibt in der Humanité über die Wahlen in Elsaß-Lothringen: Clemenceau beging in Elsaß-Lothringen dadurch, daß er alle reaktionären Kräfte gegen den Sozialismus, den er Bolschewismus taufte, aufrief, ein wahres politisches Verbrechen gegen Frankreich, denn heute sei der elsaß-lothringische Sozialismus sowie die ganze arbeitende Klasse der befreiten Provinzen ohne irgendeinen Vertreter in der französischen Kammer. Was man niemals unter dem Deutschen Reich, niemals unter Bismarck und unter den Hohenzollern erlebte, habe im Schoße der französischen Republik Wirklichkeit gefunden. Man solle jetzt den Versuch machen, sich die bitteren Gefühle vorzustellen, die in diesem Augenblick die arbeitende Klasse von Elsaß-Lothringen beseele, die nicht vergessen habe, daß sie in Deutschland über ein Drittel der Sitze des Reichstages verfügten und daß sie am Vorabend des Einzuges der französischen Truppen im November 1918 die Herrschaft in Händen hatte, und daß sie heute ein Anhängsel der nationalen antibolschewistischen Politik sei ohne Vertretung im französischen Senat.

Eine „Bayerische Königspartei".

Sonntag vormittag wurde in München eine neue Partei, die „Bayerische Königspartei", gegründet. Ihr Gründer ist ein aus einer Arbeiterfamilie hervorgegangener Schriftsteller namens Mayer-Koy, der den ganzen Weltkrieg mitgemacht hat und Offizier geworden ist. Mayer-Koy erklärte in der Gründungsversammlung, an der fast ausschließlich das flache Land mit ungefähr 200 Vertretern teilnahm, daß die Bewegung von München ausgegangen sei, daß sie aber ideell und materiell durch das bayerische Kleinbürgertum und vor allem durch das Bauerntum unterstützt werde. Adel und Intelligenz, sowie die obere Beamtenschaft verhielten sich abwartend. Mayer-Koy gab einen Ueberblick über die bisherige Werbetätigkeit und die bisherigen Erfolge und erhielt zum Schluß seines Referates die Ermächtigung, an den früheren König von Bayern ein Dank- und Huldigungstelegramm zu senden. Die Versammlung begrüßte die Gründung der Bayerischen Königspartei durch ein Königshoch und durch Absingen der altbayerischen Königshymne. Zum 1. Vorsitzenden wurde Mayer-Koy gewählt. Weiter sind im Vorstande ein Gutsverwalter, ein praktischer Arzt, ein Ingenieur, ein Rittmeister und ein Buchdruckereibesitzer. Das Ziel der Partei ist die Wiederherstellung eines freien selbständigen Volkskönigtums. — Die Versammlung war polizeilich angemeldet und genehmigt worden.

Tagesereignisse.

— **(Ausverkauf deutschen Besitzes in Elsaß-Lothringen.)** In Elsaß-Lothringen wird die Liquidierung deutschen Privateigentums in Angriff genommen. Die bekanntesten Werke und Gebäulichkeiten, wie die Druckerei der Straßburger Post, die Werke von Wolff Netter & Co., die Zuckerfabrik von Wolff in Neudorf, das Bierrestaurant zum Münchener Kindl, die Warenlager der Württembergischen Metallwarenfabrik usw., die einen Wert von vielen Millionen darstellen, sind zum Verkauf ausgeschrieben. — Die französischen Steuerbehörden ziehen in Elsaß-Lothringen nun die im Jahre 1918 nicht erhobene Kriegssteuer ein. Davon werden nicht nur die Einheimischen, sondern auch die Alldeutschen betroffen; selbst solche, die bereits vorher das Land verlassen hatten. Die französischen Steuerbehörden haben die zurückgelassenen Möbel beschlagnahmt und geben diese nur frei, wenn 20 Prozent des Vermögens als Sicherheit hinterlegt werden.

— **(Dänisch-russische Verhandlungen.)** Die englisch-russischen Verhandlungen in Kopenhagen über die Friedensfrage scheinen bedeutend an Umfang zu gewinnen, weil nunmehr auch Dänemark bereit ist, mit Letwinow zu verhandeln. Nachdem darüber mit der englischen Gesandtschaft Vereinbarungen getroffen waren, hat das dänische Ministerium des Aeußern beschlossen, folgende Fragen mit Letwinow zu besprechen: Freilassung der verhafteten Dänen in Sowjetrußland, Uebergabe aller deutschen Kriegsgefangenen dänischer Nationalität an Dänemark sowie Heimsendung aller nach Dänemark geflüchteten und in Dänemark internierten russischen Kriegsgefangenen. Der dänische Oberstleutnant Philipsen leitet die dänisch-russischen Verhandlungen. Auch die esthnische Abordnung ist in Kopenhagen eingetroffen, um mit Letwinow zu verhandeln. In Schweden solle man sich bemühen, mit Letwinow auf ähnlicher Basis wie mit Dänemark zu verhandeln.

Der deutsche Beauftragte in Riga, Lehmann, wird mit dem gesamten Personal im Einvernehmen mit der lettischen Regierung mit dem ersten neutralen Dampfer Reval verlassen. Den Schutz der Deutschen in Riga wird der dortige dänische Konsul übernehmen.

— **(Vor neuen Kämpfen zwischen Tschechen und Ungarn?)** Ein aus Böhmen in Wien angekommener Reisender teilt mit, daß die tschecho-slowakische Regierung alle Jahrgänge vom 21. bis 32. Lebensjahre unter die Waffen rufe. Die Mobilisierung erfolge in aller Stille durch schriftliche Einberufungsbefehle. Die Zeitungen dürften keinerlei Mitteilungen hierüber bringen. Diese Mobilisierung werde allgemein mit der geheimen Mobilisierung in Ungarn in Verbindung gebracht. Die tschechische Regierung wolle bestimmte Nachrichten in Händen haben, daß die Ungarn mit ihrem Nationalheere einen Einfall in die von den Tschechen besetzten Teile der Slowakei vorhätten. In der tschechisch-magyarischen Demarkationslinie sei es wiederholt zu Plänkeleien zwischen den beiderseitigen Vorposten gekommen.

— **(Die Vulkanwerke in Hamburg wieder in Betrieb.)** Von den an der Schließung der Vulkanwerke in Hamburg schuldigen kommunistischen Quertreibereien rückte laut „Vorwärts" eine von 2000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besuchte Versammlung ab, die beschloß, den eigenen Arbeiterrat und die Gewerkschaft mit der sofortigen Aufnahme der Verhandlungen zu betrauen. Bei der Besprechung des Arbeiterrates mit der Direktion der Vulkanwerke gestern nachmittag kam es zu einer Einigung. Die Arbeiter werden mit Beginn der neuen Lohnwoche wieder eingestellt, so daß der Betrieb der Werft dann wieder einen geregelten Gang gehen wird. Die Beamten der Werft werden von Freitag ab wieder im Betriebe tätig sein.

— **(Wiedereinführung der Akkordarbeit in Hamburg.)** Der Arbeiterrat der Werft von Blom & Voß in Hamburg ist am 1. 12. an die Werftleitung mit dem Ersuchen herangetreten, daß das am 1. 11. zwischen der norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes der Metallindustriellen und der Werftarbeiter vorgesehene Werftabkommen in Kraft gesetzt werden soll. Die Werftleitung stimmte dem zu. Nach dem neuen Abkommen erhöht sich der Stundenlohn für alle ab 1. 12. bei der Firma beschäftigten Arbeiter rückwirkend vom 23. September ab. Durch das Abkommen wird die Akkordarbeit in der Werft wieder eingeführt.

— **Gegen die Verschleuderung der deutschen Ausfuhr** wendet sich erneut der Reichsverband der deutschen Industrie. In der Schweiz hat die Einfuhr billiger deutscher Möbel bereits eine Arbeitslosigkeit hervorgerufen und die Schweiz schreitet zu Einfuhrverboten gegenüber Deutschland. Die deutsche Industrie kann die Gefahr ausländischer Ausfuhrverbote nur abwenden, wenn sie sich allenthalben entschließt, ihre Ausfuhrpreise bis in den hohen Stand der Auslandspreise heraufzusetzen.

— **Die Steuerkarten für Arbeiter,** die vom nächsten April mit dem Inkrafttreten des neuen Reichseinkommensteuergesetzes eingeführt werden sollen, damit den Arbeitern wöchentlich der zehnprozentige Steuerbetrag gleich vom Lohn abgezogen werden kann, sind nach englischem Vorbild in Aussicht genommen. Der Ministerpräsident Lloyd George hat diese Karten in ganz Großbritannien eingeführt, damit die Arbeiter nicht den ganzen Betrag zusammen zu bezahlen haben. Anfangs fand dieser wöchentliche Lohnabzug zu Steuerzwecken manchen Widerspruch, später haben sich aber die meisten Arbeiter damit befreundet. Wie es bei uns werden wird, bleibt abzuwarten.

Die Schmiergelder bei der Kriegsleder-A.-G.

Nach dreitägiger Verhandlung fällte die 7. Strafkammer des Landgerichts I Berlin das Urteil in dem Schmiergelderprozeß gegen den früheren Verteiler Hermann Holthaus der Kriegsleder-A.-G. Infolge Strafantrags des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, waren außer Holthaus noch 28 Lederfabrikanten angeklagt worden. Durch die Amnestie der Volksbeauftragten erfuhr das Verfahren eine bedauerliche Einschränkung, sodaß nur 3 Lederfabrikanten mit abgeurteilt werden konnten. Das Gericht bejahte zunächst die umstrittene Frage, daß die Kriegsleder-A.-G. ein geschäftlicher Betrieb im Sinne des § 12 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, auf welchem die ganze Anklage beruhte, sei. Auch der Strafantrag des Vereins sei frist- und formgerecht. Das Gericht habe festgestellt, daß Holthaus bei der Verteilung der Häute eine Reihe von Lederfabrikanten erheblich bevorzugt habe. Dafür seien ihm über 200 000 Mk. zugeflossen. Diese Zuwendungen seien strafbare Schmiergelder. Holthaus habe ein unlauteres Vergalten gegen diejenigen Lederfabrikanten betätigt, welche ihm keine Schmiergelder zahlten. Angesichts der großen Vertrauensstellung, in der er wichtige öffentliche Interessen wahrzunehmen hatte, bedeute sein Verhalten eine außerordentlich schwere Verletzung von Treu und Glauben. An sich war daher die vom Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafe durchaus am Platze. Trotz allem habe Holthaus aber nach dem eidlichen Zeugnis berufener Personen, u. a. des Aufsichtsratsvorsitzenden Staatsministers a. D. von Möller, eine für die Kriegswirtschaft sehr nutzbringende Tätigkeit entfaltet. Dies habe das Gericht in weitestgehendem Maße zu seinen Gunsten berücksichtigt. Demnach sei auf die nach dem Gesetz zulässige höchste Geldstrafe von 5000 Mark erkannt worden. Außerdem aber gemäß dem Antrag des als Nebenkläger zugelassenen Vereins gegen das Bestechungsunwesen auf amtliche Publikation des Urteils in der Zeitschrift „Die Lederindustrie". Auch die mitangeklagten Lederfabrikanten waren sämtlich zu verurteilen. Es wurde erkannt gegen den Fabrikanten Wilhelm Feldmann in Berlin auf 2000 Mk. Geldstrafe, gegen den Fabrikanten Jakob Victor II in Heilbronn auf 2000 Mk. Geldstrafe und gegen den Gerbereibesitzer Christian Schaefer in Flamersheim auf 1000 Mk. Geldstrafe. Die von diesen Personen an Holthaus gezahlten Schmiergelder in Höhe von 16 230 Mk. wurden dem Staat verfallen erklärt. — Der Verein gegen das Bestechungsunwesen hat gegen das Urteil insoweit die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen, als s. E. gegen Holthaus auf Einziehung der gesamten Schmiergelder in Höhe von 200 000 Mk. zu erkennen ist.

Westfalen u. Rheinland.

Preisstellung für Verkäufe in das Ausland.

Kamen, 2. Dez. Die Frage der Preisstellung für Verkäufe in das Ausland gab nach einem Bericht des Geschäftsführers in der letzten Dortmunder Handelskammersitzung zu einer ausführlichen Besprechung Anlaß. Ihr Ergebnis läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Der in der ganzen Welt infolge des langen Krieges bestehende Warenhunger und der Tiefstand der deutschen Valuta veranlassen das Ausland in ganz erheblichem Maße zum Aufkauf deutscher Waren aller Art in größten Mengen und zu Preisen, die selbst bei Aufschlägen von 50 bis 100 Prozent auf die Inlandspreise noch erheblich unter den Weltmarktspreisen liegen. — So sehr an sich die Hebung der Ausfuhr erwünscht ist, liegt in diesen Verhältnissen doch für Deutschland die Gefahr stärkster wirtschaftlicher Ausplünderung, selbst in solchen Waren des täglichen Lebensbedarfs, die wir selber nur in geringen Mengen zur Verfügung haben. — Für unsere ohnehin furchtbar geschwächte Volkswirtschaft und angesichts der übermäßigen Einfuhr entbehrlicher Güter bedeuten diese Verkäufe geradezu eine Verschleuderung deutscher Ware und Werte. Die Notwendigkeit, unsere wirtschaftliche Lage zu bessern, gebietet dringend, die Preise deutscher Waren mit den Weltmarktpreisen in Einklang zu bringen. — Der deutsche Kaufmann berücksichtigt bei Stellung seiner Preise vielfach nicht, daß unsere Mark um das Fünf- bis Sechsfache gegen den Friedensstand entwertet ist; er legt zumeist nur die — zwar an sich erheblich gestiegenen — aber in Anbetracht des Währungstiefstandes immer noch niedrigen Gestehungskosten zugrunde, während es durchaus keinen Bedenken unterliegt, hier bereits Aufschläge einzusetzen, die den Unterschied dieser Kosten in Markwährung gegenüber den in ausländischer Währung ausgleichen. — Unbedingtes Gebot für den deutschen Ausfuhrhandel muß es daher aus nationalwirtschaftlichen Gründen sein, mit seiner Preisgestellung bis an die äußerste Grenze dessen zu gehen, was der Ausländer noch zahlt. Damit wird der deutsche Kaufmann zu seinem besonders bedeutungsvollen Teil mit dazu beitragen, unsere am Rande des Abgrundes stehende Wirtschaft zu stützen und zu heben. — Erhebliche Zweifel bestehen in weiten Kreisen darüber, ob der Verkaufspreis in Mark oder ausländischer Währung zu fordern sei. Eine für alle Fälle zutreffende Antwort läßt sich auf diese Frage nicht geben, es wird vielmehr von Fall zu Fall nach Art des Geschäftes, das abgeschlossen werden soll, entschieden werden müssen. Grundsätzlich sollten aber Auslandsverkäufe zu Weltmarktpreisen oder diesen angenähert in fremder Valuta erfolgen; bei Verkäufen in deutscher Währung muß die Berechnung auf ausländischer Grundlage erfolgen. Das Risiko, das mit dem Abschluß in fremder Währung verbunden ist, kann bereits durch die erwähnten Aufschläge oder sonst günstige Zahlungsbedingungen ausgeglichen werden. Volkswirtschaftliche Gründe lassen Abschlüsse in ausländischem Geldwert besonders wünschenswert erscheinen, um der Reichsbank die dringend notwendigen Devisen gegenüber dem großen Markangebot auf ausländischen Märkten zu verschaffen. — Eine dauernde Besserung ist für unsere Wirtschaftsnot allerdings nur von einer Rückkehr zur freien Wirtschaft und einer Annäherung unserer Inlandspreise an diejenigen des Weltmarktes zu erwarten; ob diese zurzeit aus politischen Rücksichten befürwortet werden kann, steht dahin.

*

Kamen, 3. Dez. **(Verschiedenes.)** Die Klausel „Lieferungsmöglichkeit vorbehalten" ist bei Kauf- und Lieferungsverträgen in den letzten Kriegsjahren vielfach üblich gewesen und wird auch in der Jetztzeit noch sehr häufig vereinbart. Deshalb wird ein kürzlich vom Reichsgericht entschiedener Streitfall über Sinn und Bedeutung dieser Vorbehaltsklausel besonders interessieren. Danach besagt die Klausel, daß der lieferungspflichtige Verkäufer einer Ware schon dann vom Vertrag frei wird, wenn ihn sein Lieferant, bei dem er sich eingedeckt hat, im Stich läßt, mag er die Ware vielleicht auch zu teurerem Preise von anderer Seite erhalten können.

Zu unserm Bericht über die Stadtverordnetensitzung vom 18. November bittet uns Herr Stadtv.-Vorsteher Nieft jetzt um folgende Richtigstellung bei der Frage der Aenderung des Waisenrats-Wesens: Ich habe nicht ausgeführt, daß es unwesentlich sei, wer Vormund würde, auch nicht, daß ich von meiner Tätigkeit am Gericht wisse, wie wenig Wert auf die Vormünder gelegt werde. — Ich habe vielmehr gesagt, mir seien von meiner Tätigkeit am Gericht Fälle bekannt, in denen sicher ohne Prüfung der Verhältnisse Vormünder vorgeschlagen wären, indem vom Gericht zum Waisenrat gesandte Rechtssuchende innerhalb einiger Minuten mit der Vorschlagsbescheinigung zurückgekehrt seien, ohne daß der Waisenrat die Familie gekannt habe. (Wir bemerken zu Vorstehendem, daß wir uns bei Abfassung des Berichts streng an unsere schriftlichen Unterlagen gehalten haben und die von uns wiedergegebene Auffassung auch von anderen [illegible] Sitzung vertreten wird. Die Red.)

(Promotion.) Der in Pelkum ansässige prakt. Tierarzt Wilhelm Ebbinghaus aus Kamen wurde von der hessischen Landesuniversität Gießen zum Doktor medicinae veterinariae promoviert.

(Unsere Lebensmittelversorgung für den Winter gesichert.) Der sächsische Wirtschaftsminister teilte der Presse mit, daß die Brotversorgung Deutschlands bis über den März hinaus gesichert sei, die Fleisch- und Fettversorgung mindestens bis Ende Februar, die Kartoffelversorgung bis in die zweite Hälfte des Frühjahrs hinein. Ferner teilte er mit, daß eine großzügige Bekämpfung des Schiebertums in Sachsen in die Wege geleitet sei.

Der Ausschuß zur Prüfung der Frage der **Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebietes** wird seine Beratungen am 8. Dezember d. J. vormittags 10 Uhr, im Dienstgebäude des Bergbauvereins zu Essen wieder aufnehmen. Zu dieser Tagung haben, wie bei den früheren Sitzungen im Monat August, die Vertreter von Zeitungen aller Richtungen Zutritt.

W **(Erhöhung der Kohlenpreise.)** In den letzten Tagen fanden neue Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenpreise statt. Die Vertreter des Bergbaues forderten sie diesmal in erster Linie zu dem Zweck, um ihre Betriebe technisch wieder auf die Höhe der Friedensleistung zu bringen. Die Werke sind während der Kriegsjahre stark abgewirtschaftet. Die Instandhaltung ist infolgedessen nötig. Erneuerungen sind fast garnicht vorgenommen worden. Die Leistungsfähigkeit der technischen Einrichtungen und maschinellen Anlagen ist stark zurückgegangen. Der ganze Betrieb ist infolgedessen ein unwirtschaftlicher geworden. Im Hinweis hierauf beschloß der neugegründete Reichskohlenverband in seiner ersten Sitzung auf den vom rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat gestellten Antrag, dem sich andere Reviere anschlossen, eine Erhöhung der Steinkohlenpreise um 20 Mark pro Tonne. Der Reichswirtschaftsminister beanstandete den Beschluß aber nur wegen der Höhe der Forderung, die zur Zeit eine zu schwere Belastung unseres Wirtschaftslebens bedeuten würde. Die Regierung erkannte zwar an, daß die Betriebserneuerungen notwendig seien, hielt die geforderte Erhöhung aber für zu hoch und bewilligte eine solche der geltenden Preise um 7,50 Mark pro Tonne ohne Steuer mit Wirkung vom 1. Dezember. Dieser Mehrpreis hat lediglich für den angegebenen Zweck zu dienen, da ein Ausgleich für Lohnerhöhungen diesmal nicht in Frage kommt. Wegen der anderen Bergreviere sind Prüfungen noch im Gange.

(Aneignung von geschäftlichen Sachen durch Angestellte berechtigt zur sofortigen Entlassung.) Eine üble Begleiterscheinung des Krieges und der darauffolgenden Revolution ist die, daß der Begriff von „Mein und Dein" bei vielen verwischt worden ist. Darum muß es auch den Angestellten immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß Ehrlichkeit und Treue die Haupttugenden im geschäftlichen und Erwerbsleben bleiben müssen. Es braucht sich nicht immer um groben Diebstahl zu handeln, vielmehr sind es nur scheinbare „Kleinigkeiten", mit denen sich manche Angestellte belasten, z. B. die Benutzung von Geschäftsbriefbogen und Briefumschlägen zu Privatkorrespondenzen. Jeder Angestellte sollte sich doch sagen, daß er sich damit fremdes Gut aneignet. Noch erschwerender ist es, wenn etwa Briefmarken aus der Postkasse zu Privatbriefen benutzt werden. Im Grunde genommen ist das offenkundiger Diebstahl, mindestens Mißbrauch von Geschäftseigentum. In einer Prozeßsache hat die Leipziger Handelskammer sich gutachtlich dahin geäußert, daß die Benutzung der bekannten Auskunftszettel durch Angestellte zu privaten Zwecken als Veruntreuung aufzufassen sei und für sich allein schon einen Entlassungsgrund bildet. Man wird gut tun, die Pflicht zur unbedingten Ehrlichkeit immer wieder einzuschärfen.

(Einstellung der Verlustlisten.) Anfangs Oktober d. Js. ist die Drucklegung der Deutschen Verlustlisten eingestellt worden. Das Zentral-Nachweisamt ist sich der weittragenden Bedeutung dieser Maßnahme für die Oeffentlichkeit bewußt und bedauert, daß das gewaltige Sammelwerk der Deutschen Verlustlisten nicht zu Ende geführt werden kann, zumal da im Wesentlichen nur noch die Veröffentlichung der

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

34. Fortsetzung.

Zum Glück sahen weder Ruth noch Hans diesen Ausdruck. Sie vergaßen beide auf Walter zu achten. Mit zarter Sorgfalt stützte und führte Hans das geliebte Mädchen, und sie gab sich mit wehmütiger Freude dem Bewußtsein hin, von ihm gestützt und geführt zu werden. So köstlich sicher und geborgen kam sie sich an seiner Seite vor! Und sie genoß jede Sekunde dieses Beisammenseins wie etwas Köstliches, das nie — niemals wiederkehren würde und von dem sie lange, lange in der Erinnerung zehren mußte. Oben an der Ruine angelangt, wurde Ruth von etwigen jungen Damen fortgezogen.

„Wir wollen uns verstecken in der Ruine, die Herren müssen uns suchen", sagte die eine Tochter des Professors Schwarzenburg.

„Was gibt es Finderlohn?" fragte Leutnant von Schwind neckend.

„Den ersten Walzer, wenn wir hinunter kommen", rief eine der junge Damen zurück.

Und dann waren sie kichernd und lachend verschwunden.

Die Herren folgten langsam.

Walter und Hans standen sich eine Weile allein gegenüber.

Walter sah Hans mit glühenden Augen an. „Du umgibst ja unsere zukünftige Tante mit einer auffallend ritterlichen Galanterie?! Wenn das Onkel Heinz bemerkt, wird er sehr eifersüchtig werden", stieß er hervor

Hans sah ihn groß und ruhig an.

„Lieber Walter, ich gestehe niemand, auch dir nicht, das Recht zu, mein Verhalten gegen eine Dame zu kritisieren. So viel ich weiß, hat weder Onkel Heinz noch irgend ein anderer ein Recht, in Bezug auf Fräulein von Goseck eifersüchtig zu sein."

Walter lachte heiser auf.

„Mit irgend einem andern meinst du natürlich mich! Du hast es ja leicht, auf mich zu schießen, da ich dir anvertraut habe, daß ich Ruth von Goseck liebe. Aber ich bin nicht eifersüchtig auf dich, denn ich weiß ja, daß du Fräulein von Goseck nur Hochachtung und Sympathie entgegenbringst. Dieses wohltemperierte Gefühl erlaube ich dir umsomehr, da ich weiß, daß die junge Dame einen so armen Schlucker wie du bist, nicht mit ihrer Huld beglücken wird."

„Ich glaube auch nicht, daß ich mir irgend welche Gefühle von dir vorschreiben oder erlauben lassen würde."

Walter biß die Zähne zusammen, daß sie knirschten. Und dann warf er den Kopf zurück und faßte den Arm des Vetters.

„Ich wollte dir nur in Erinnerung bringen, daß ich jeden als meinen Feind betrachte, der sich um Fräulein von Gosecks Gunst bewirbt", stieß er hervor.

Ruhig machte Hans seinen Arm frei.

„Und wo willst du dich dann zu Onkel Heinz stellen, der doch die Absicht hat, sich um Fräulein von Gosecks Hand zu bewerben?"

Ein heiseres Stöhnen brach über Walters Lippen.

„Ich — ich weiß es nicht. Aber das gehört jetzt nicht hierher. Verzeih meine Wildheit — du weißt nicht, was ich leide. Da du imstande bist, mit so großer Seelenruhe davon zu sprechen, daß Onkel Heinz um die junge Dame anhalten will, so stehst du ihr also doch mit kalten Gefühlen gegenüber. Daran laß dir genügen. Du siehst an mir, was die Leidenschaft aus einem Menschen machen kann. Wie Wahnsinn glüht es in mir. Ich kann sie keinem andern lassen, Hans — ich kann nicht."

Und er schlug die Fäuste gegen die Stirn und keuchte in wilder Erregung.

Hans sah ihn halb mitleidig, halb unruhig an.

„Walter, verliere dich doch nicht, komm zu dir. Fräulein von Goseck kann doch ihre Hand reichen, wem sie will. Was willst du tun, um das zu hindern?"

Walter starrte mit brennenden Augen vor sich hin.

„Es darf nicht sein — sie muß die Meine werden — muß — und wenn ich —"

Er stockte, schreckte auf und sah sich wirr um. Er hatte sagen wollen: „Und wenn ich ein Verbrechen begehen sollte!"

Aber er hielt diese Worte zurück. Und nun machte er eine matte, abwehrende Bewegung und fuhr fort: „Achte nicht auf mich — ich schwatze in meiner Aufregung allerlei Unsinn."

Damit lief er hastig davon und ließ Hans stehen.

Dieser sah ihm besorgt nach. Aber dann zuckte er die Achseln: „Ihm ist nicht zu helfen. Dies Fieber muß sich austoben, ehe er wieder zur Vernunft kommt. Er kann mir leid tun —; aber diese Disziplinlosigkeit ist bei einem Manne unverzeihlich. Hoffentlich belästigt er Ruth nicht mit seinen nervösen Ausfällen", dachte er.

Und dann ging er durch das halbverfallene Tor der Ruine. Das Lachen und Scherzen der jungen Herrschaften zog ihn nach dem Burghof. Dort waren die jungen Damen schon wieder vollständig beisammen. Leutnant von Schwind hatte laut ausgerufen: „In der Ruine gehen Spukgeister um!" Und da waren die jungen Damen freiwillig aus ihren Verstecken gekommen.

Nun standen sie im Burghof um den Brunnen, dessen Schacht tief, tief in den Felsen hinab gegraben war.

Sie warfen kleine Steinchen hinab und lauschten, wie lange diese brauchten, um den Grund des Brunnenschachtes zu erreichen.

Es war ein malerisches Bild, alle diese jungen und modernen Menschen in ihren Pelzen und modischen Kleidern im Hofe dieser alten Burg. Die Schneekonturen auf den verfallenen Mauern, den Simsen und Fensterstöcken verbargen und verschönten den Verfall. Und das helle Lachen und Plaudern schallte von den grauen Wänden zurück.

Hans von Rainsbergs Augen suchten Ruth, und er erblickte sie dicht am Brunnenrand. Sie beugte sich weit vor und sah in den Schacht hinunter, einem Stein nach, den sie hinabgeworfen hatte.

In demselben Moment erschien Walter dicht hinter ihr, und sein funkelnder Blick glitt heiß und begehrlich über Ruths edle schlanke Formen und über das goldglänzende gewellte Köpfchen. Dieser Blick erschien Hans wie die Schändung eines Heiligtums. Schnell trat er zwischen Ruth und den Vetter und barg sie vor seinen Blicken, als müsse er sie davor schützen.

* *

(Fortsetzung folgt.)

Namen der rückkehrenden Kriegsgefangenen als Abschluß fehlt. Gleichwohl mußte die Einstellung des Drucks aus Sparsamkeitsgründen erfolgen, da die vom Zentral-Nachweiseamt und seinen Nebenstellen zur Verfügung gestellten Mittel erheblich gekürzt sind. Der gesamte Auskunfts- und Ermittlungsdienst wird in vollem Umfange aufrechterhalten.

(Das Inkrafttreten des Tabaksteuer-Gesetzes vertagt.) Wie der „Generalanzeiger für den Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandel" aus guter Quelle erfährt, ist die Nachricht, daß das Tabaksteuer-Gesetz am 1. Januar 1920 in Kraft tritt, falsch. Infolge der Einstellung des Personenverkehrs muß die Sitzung im Reichsfinanzministerium, die sich mit den Ausführungsbestimmungen befassen und am 7. November stattfinden sollte, um drei Wochen verschoben werden. Inzwischen wird auch das Inkrafttreten des Tabaksteuer-Gesetzes um einige Wochen vertagt werden müssen.

Amt Brackel, 3. Dez. (Wirtschaftliche Nachrichten.) In der Woche vom 30. November bis 6. Dezember werden folgende Lebensmittel ausgegeben: Auf Warenkarte A 536 = 125 Gr. Haferflocken, Preis für die Einheit 23 Pfg. Auf Warenkarte A 537 = 250 Gr. Gerstenmehl und Kartoffelmehl, Preis für die Einheit 31 Pfg. Auf Warenkarte A 538 = 150 Gr. Margarine, Preis für die Einheit 1,50 Mk. Zucker für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember wird auf die Warenmarke Nr. 539 ausgegeben. Diese Marke ist nur bis zum 6. Dezember gültig. In Zukunft müssen die Milchabrechnungen am 10., 20. und am Schluß jeden Monats bei der Milchzentrale abgeliefert werden. Die neuen Formulare sind dort zu haben. Verschiedene Verkaufsstellen haben Kartoffelmarken abgetrennt, ohne daß die betreffenden Abschnitte beliefert sind. Die Versorgungsberechtigten werden ersucht, im eigenen Interesse diese Abschnitte zurückzufordern. In Zukunft gelten abgetrennte Abschnitte als beliefert. Auf Marke Nr. 6 der Petroleumkarten wird für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1 Liter Petroleum verabfolgt.

** **Bochum**, 2. Dez. **In einer großen Bergarbeiterversammlung** in Wattenscheid wurde der bekannte Bergarbeiterführer Otto Hue, als er zur Einigung der Arbeiterschaft mahnte, von der radikalen Mehrheit der Anwesenden stürmisch unterbrochen. Er wurde mit beleidigenden Zurufen überhäuft. Die radikalen Wortführer ließen keinen Gegner mehr zu Worte kommen. Sie forderten die Diktatur des Proletariats.

? **Münster**, 1. Dez. **Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang** ereignete sich am Mittwoch abend auf der Schillerstraße. Dort wollte ein Landwirt aus Telgte gegen 9½ Uhr eine Jauchegrube entleeren. Als er sein Fuhrwerk zu diesem Zwecke rückwärts auf den Hof fuhr, geriet er so unglücklich zwischen letzteres und eine Mauer, daß er schwere Brustquetschungen davontrug. Mittels Krankenwagens wurde der Bedauernswerte zum Klemenshospital gebracht, wo er noch in der Nacht seinen Verletzungen erlag.

** **Verlebung**, 28. Nov. **Die Schwarzschlachtungen** im Kreise Wittgenstein nehmen in letzter Zeit überhand. Schleichhändler aus dem Siegerlande zahlen für Kühe jeden Preis und schaffen sie nachts über die Wittgensteiner Grenze ins Siegerland. Im südlichen Teil des Kreises spotten die Verhältnisse jeder Beschreibung. Hier wandern jede Nacht von Schleichhändlern erworbene Tiere in den Kreis Siegen, wo sie schwarzgeschlachtet und zu Wucherpreisen weiterverkauft werden.

(W) **Essen**, 2. Dez. **(Ein neuer deutscher Technikerverband.)** Eine aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk stark besuchte Vertreterversammlung gründete hier am Sonntag den Deutschen Technikerverband. Zahlreiche Zustimmungserklärungen lagen aus entfernten Bezirken vor. Der Verband will unter Auswertung allgemeiner sittlicher, christlicher und nationaler Ideale die technischen Angestellten und Beamten aller Wirtschaftszweige zu ernster gewerkschaftlicher Staatsarbeit sammeln.

Der Oberste Rat und die deutsche Scapa-Flow-Note.

(TU) **Zürich**, 2. Dez. Der „Nouvelliste de Lyon" erfährt aus Paris, daß sich der Oberste Rat in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit der deutschen Note über Scapa Flow beschäftigt hat. Die Erklärung, der zufolge Deutschland die Ablieferung von Trockendocks verweigern will, habe im Obersten Rat sehr verstimmend gewirkt, besonders bei der englischen Delegation, wo man erkläre, das Memorandum Deutschlands sei von einer seltenen Unverschämtheit. Auf die seitens des Obersten Rates eine entsprechende Antwort erteilt werden müsse. In der Frage der deutschen Kriegsgefangenen, die der Oberste Rat heute nochmals erörtern wird, ist man französischerseits nicht zu Konzessionen gewillt. Es wird erklärt, daß Frankreich angesichts der Haltung Deutschlands, die auch durch die Scapa Flow-Note zur Genüge gekennzeichnet werde, kein Interesse daran habe, Deutschland in irgend einer Weise entgegenzukommen. Eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland sei französischerseits betr. der Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Frankreich verschiedentlich vorgeschlagen worden, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen sei, da Deutschland nicht genügend Entgegenkommen bewiesen habe. Da diese Frage mit der Herbeischaffung der Kriegsgefangenen in engstem Zusammenhange steht, will man vorerst abwarten, bis der Vertrag in Kraft getreten sei, ehe man mit der Herbeischaffung beginne.

*

— **Generalfeldmarschall von Mackensen** wurde auf der Reise nach Deutschland am Bahnhof Linz von Abordnungen des deutschen Volksbundes und der oberösterreichischen Bauernschaft empfangen. Landeshauptmann-Stellvertreter Langota hielt eine Begrüßungsansprache, auf die v. Mackensen herzlich erwiderte. Nach kurzem Aufenthalt rollte der Zug unter den Klängen des Liedes „Wenn alle untreu werden" nach Passau weiter.

— **(Deutsche U-Bootskommandanten von Engländern angehalten.)** Aus London wird gemeldet: Britische Zerstörer brachten zwei Schlepper auf, die von Kiel kamen und nach Südamerika fahren wollten. An Bord befanden sich eine Anzahl deutscher Marineoffiziere, hauptsächlich Unterseebootskommandanten, deren Auslieferung an die Entente befürchtet wird und die nach einer Reutermeldung auf diese Weise entkommen wollten. Die beiden Schlepper sind jetzt im Londoner Hafen verankert und werden von bewaffneten Matrosen und Zerstörern bewacht.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. Dez. **Der Ortsverein der Kriegsteilnehmer** hielt am Sonntag seine diesjährige Generalversammlung bei Nagel, Oststraße, ab, die vom ersten Vorsitzenden eröffnet und geleitet wurde. Besonders dankte er denjenigen Nichtmitgliedern, welche der Einladung gefolgt waren. Kamerad Weller legte dann den Zweck des Vereins dar. Er erinnerte an die Zeit der nationalen Erhebung von 1914, wo ein jeder zu den Fahnen eilte, um die nationale Ehre zu verteidigen und weiter an die Opfer, die die Daheimgebliebenen gebracht haben. Er verurteilte aber in entschiedenen Worten das Treiben derjenigen, die sich die Not des Volkes zunutze machten und durch Wucher und Schieberei die eigenen Taschen füllten. Und dieses Treiben habe sich nach der Revolution noch verschlimmert. Redner schilderte dann die Notlage der heimgekehrten Krieger. Die Hauptaufgabe des Vereins sei, die Notlage der Kriegsteilnehmer zu bekämpfen. Gegen die Aeußerungen des Herrn Stadtverordneten-Vorstehers Nicht, der dem Verein das Recht zur Kritik, das jedem Zuchthäusler heute noch zustehe, absprechen wolle, erhoben die Versammelten durch Aufstehen von den Sitzen Protest. Auch mit den Aeußerungen der Herren Ahlert und Küster in der Stadtverordneten-Sitzung befaßte sich der Redner. In der Diskussion traten die Herren Bürgermeister Dr. Wiesner, Stadtv. Cordes und Strelinski für die letzteren ein. Ersterer gab seiner Freude Ausdruck über die Organisation der Kriegsteilnehmer, stimmte auch den Anträgen zu, man solle aber nicht mit scharfen Schlagworten operieren. Er sei überzeugt, daß bei Ruhe und Sachlichkeit mehr zu erreichen sei. Den letzten Ausführungen pflichtete Herr Weller bei, bemerkte jedoch, daß der Verein der Angegriffene sei und sich wehren müsse. Es wurde beschlossen, ein Telegramm an die Reichsregierung zu senden, in dem gebeten wird, alles daran zu setzen, damit die gefangenen Brüder bald wieder Weib und Kind und der Heimat zugeführt werden. Durch die Ausdehnung der Debatte konnte die Tagesordnung nicht erledigt werden, weshalb am nächsten Sonntag eine weitere Versammlung im Lokale Nagel, Oststraße, stattfindet. Näheres siehe folgende Anzeige. Die noch fernstehenden Kriegsteilnehmer werden gebeten, sich dem Verein anzuschließen, um durch einiges Arbeiten die Not der Kriegsteilnehmer zu lindern.

Kamen, 3. Dez. **Die Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Kamen** hatte Sonntag im Schützenhofsaale wieder einen Unterhaltungsabend veranstaltet. Daß diese Veranstaltungen in der Bürgerschaft Anklang gefunden, zeigte wieder der ungeheure Besuch des Abends. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Einleitend begrüßte der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Lehrer Weidekamp, die Erschienenen mit warmen Worten. Er erwähnte, daß dieser Abend zum Besten der Kinder eingerichtet sei, die nun bald wieder das schönste aller Feste, das Weihnachtsfest, ohne den Vater, der im Kriege geblieben, feiern müßten. Diesen Kindern solle mit dem Reinertrag des Abends eine Freude bereitet werden. Redner sprach dann allen Mitwirkenden, die sich auch diesmal wieder in den Dienst der guten Sache gestellt, besonders den Damen Frl. Jacobi und Frl. Uth, sowie dem M.-G.-V. „Teutonia" den Dank der Vereinigung aus und schloß mit einem herzlichen Willkommen und dem Wunsche, daß die Besucher angenehme und vergnügte Stunden verleben möchten. Sodann gelangte das reichhaltige Programm zur Abwickelung. Der M.-G.-V. „Teutonia" brachte das „Morgenlied" von Rietz, „Ave Maria" von Wild, sowie später „Abschied" von G. Rumpff und „Heimgekehrt" von Wild wirkungsvoll und mit gutem Verständnis zum Vortrag, während die Damen Frl. Jacobi und Frl. Uth die Mendelssohnschen Lieder „Maiglöckchen und die Blümelein" und „Das Aehrenfeld", sowie „Hüttelein still und klein" von J. Beschnitt und „Vergißmeinnicht" unter feinsinniger Begleitung des Herrn Lehrer Jacobi zum Besten gaben. Allen gesanglichen Darbietungen wurde reicher Beifall gezollt. Aber auch die theatralischen Aufführungen „Studentenlose", „Die Stiefelnot in Brummstättel" und „Alfred auf Bomben" trugen viel zur Verschönerung des Abends bei. Man konnte bei allen Mitwirkenden merken, daß sie sich mit Fleiß in ihre Rollen hineinzuversetzen suchten, was auch allen vortrefflich gelang. Ein gemütlicher Ball beschloß die schöne Veranstaltung, auf welche die Vereinigung wieder mit Stolz zurückblicken kann. Möchte auch der Ertrag ein dem guten Zwecke entsprechend hoher sein.

Kamen, 3. Dez. **(Evang. Arbeiter-Verein.)** In der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung des Evang. Arbeitervereins für Kamen und Umgegend hielt nach Zahlung der Beiträge und Aufnahme von vier Mitgliedern Herr Rendant Scharfenberg einen sehr interessanten Vortrag über Sozialisierung. Ausgehend von der Entstehung dieser Forderung, zeigte der Redner an verschiedenen Betriebszweigen die Möglichkeit, aber auch die Schwierigkeiten ihrer Durchführung. Die lehrreichen Ausführungen, denen die Zuhörer mit sichtlicher Aufmerksamkeit folgten, ernteten reichen Beifall. Eine Weihnachtsfeier soll am 1. Festtage, abends 6 Uhr im Vereinslokal abgehalten werden.

Kamen, 3. Dezember. **(Theaterabend im Westen.)** Am 30. November d. J. veranstaltete der Turnklub „Jahn", Westenfeldmark, im Lokale des Herrn Wilhelm Blome seinen 1. Theaterabend mit Ball. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der 1. Vorsitzende, Herr Julius Eisenhardt, eröffnete die Feier mit einem Willkommen an alle Erschienenen. Sodann traten die Spieler in Funktion. Die Stücke „Der Goldbauer" und „Im Stellenvermittlungsbüro" lagen in den Händen guter Spieler und die Darbietungen gingen flott vonstatten. Die Pausen wurden durch Duetts und Couplets ausgefüllt. Nach dem Theater wurde noch einige Stunden beim gemütlichen Zusammensein das Tanzbein geschwungen. Jeder Besucher ging mit dem Wunsche nach Hause, daß der Turnklub „Jahn" noch öfter einen solchen genußreichen Abend veranstalten möge.

Sport.

Kamen, 3. Dez. Sportverein Kamen 13 I — Ballspielverein Werne 1 13 : 0. Nach langen Wochen endlich wieder ein Fußballwettspiel. Der Sportverein 13 hatte den Ballspielverein Werne zu Gast. Haushoch war der Sieg der Kamener, etwas zu hoch. Gleich zu Beginn entwickelte sich ein äußerst lebhaftes Spiel. Die Werner vermochten dem flinken, durch die Läuferreihe gut unterstützten Sturm des Sportvereins nicht standzuhalten. Der wackere Torwart bekam reichliche Arbeit, der Verteidigung fehlte es an der nötigen Schußfreudigkeit. Im übrigen hinterließ die Werner Mannschaft einen guten Eindruck. Der Schiedsrichter, Herr H. Darenberg aus Essen, hatte leichte Arbeit, und konnte beide Parteien nach einem durchaus ruhigen und fairen Spiel trennen. — Vorher spielte die 3. Jugend-Mannschaft des Sportvereins gegen die 2. Jugend-Mannschaft des Ballspiel-Vereins Massen und unterlag mit 1 : 3 Toren. — Das Spiel Sportverein III — Spielvereinigung III auf dem Hindenburgplatze verlief unentschieden mit 2 : 2 Toren.

Redaktions-Briefkasten.

W. K. 5. Die Gemeinde wird wahrscheinlich auch das nicht verkaufte Terrain als Bauland ansehen und dessen Besitzer ganz gehörig zur Grundwertsteuer heranziehen, sodaß der Verdienst bei dem Verkauf der 100 □-Ruten vielleicht schon in wenigen Jahren von den Grundsteuern aufgezehrt ist. Aber auch bei der bevorstehenden Vermögensabgabe kann der Verkauf auf die Höhe der Abgaben von starkem Einfluß sein, da auch das Reich vielleicht aus dem Grund und Boden einen ganz anderen Wert herausrechnet, als wenn es sich um rein landwirtschaftlich genützten Ackerboden handelt. — Auf Ihre Frage, ob es zweckmäßiger ist, ein Grundstück ꝛc. vor oder nach der großen Vermögensabgabe zu verkaufen, so wäre es vom Standpunkte der Abgabeersparung wohl richtiger, damit bis nach dem Inkrafttreten zu warten, weil die Einschätzung jedenfalls hinter dem Verkaufspreise zurückbleiben wird. Andrerseits ist aber auch zu beachten, daß mancher, der jetzt zum Kaufe geneigt ist, davon Abstand nimmt, wenn er erst sieht, in welchem Maße sich sein Vermögen nach der Abgabe verringert hat.

G. in Soest. Polizeischulen befinden sich in Berlin, Viktoriastr., (für den Kreis Teltow); Cottbus, Dortmund, Düsseldorf, Halberstadt, Hannover. Lassen Sie sich von diesen Anstalten einen Prospekt kommen, aus dem Sie sich näher informieren können.

M. E. 100. In der Zeitschrift „Spinner und Weber" (Maschinen- und Rohstoffzeitung), die in Leipzig erscheint, finden Sie die Inserate der Maschinenfabriken für das Spinnereigewerbe. Lassen Sie sich eine Nummer von der Geschäftsstelle der genannten Zeitung kommen.

Kriegsgefangenenhilfe Volksbund (Kriegsschreibstube) Kamen.

H. Schacht, Rünthe	1	Mk.,
F. Lechleitner, Wallgasse 4	2	„
H. Böhm, Ostenmauer 22	5	„
W. Beckmann, Oberaden	1	„
N. N., Markt	10	„
	19	Mk.

Den Spendern herzlichen Dank. Weitere Gaben werden in der Kriegsschreibstube gern entgegengenommen. Dr. Everlien.

Oeffentliche Bekanntmachung!

Nach § 380 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G.-S. S. 53) erlischt mit Ablauf von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Recht, einen Wasserlauf in einer der im § 46 a. a. O. bezeichneten Arten zu benutzen, das nach § 379 aufrecht erhalten bleibt, wenn nicht vorher seine Eintragung in das Wasserbuch beantragt ist. Auf Rechte, die im Grundbuch eingetragen sind, findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Als solche Benutzungsrechte kommen nach § 46 in Verbindung mit § 40 Absatz 2 a. a. O. in Betracht das Recht:

1. Das Wasser zu gebrauchen und zu verbrauchen, namentlich auch es oberirdisch oder unterirdisch unmittelbar oder mittelbar abzuleiten;
2. Wasser oder andere flüssige Stoffe oberirdisch oder unterirdisch, unmittelbar oder mittelbar einzuleiten;
3. den Wasserspiegel zu senken oder zu heben, namentlich durch Hemmung des Wasserablaufs eine dauernde Ansammlung von Wasser herbeizuführen;
4. Häfen und Stichkanäle anzulegen, letztere soweit sie nicht selbständige Wasserstraßen bilden;
5. Anlegestellen mit baulichen Vorrichtungen von größerer Bedeutung herzustellen;
6. kommunale oder gemeinnützige Badeanstalten anzulegen.

Gemäß § 380 Absatz 2 a. a. O. wird Vorstehendes hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht und gleichzeitig auf die gesetzliche Folge der nicht rechtzeitigen Stellung des Eintragungsantrages hingewiesen. 4728

Arnsberg, den 5. November 1919.

Namens des Bezirksausschusses — Wasserbuchbehörde.

Der Vorsitzende.

Veröffentlicht! 4728

Kamen, den 29. November 1919.

Die Ortsbehörde: Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Nach § 11 Abs. 1 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 (G.-S. S. 55) sind Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zustehen, auf Antrag des Berechtigten in das Wasserbuch einzutragen. Nach § 11 Abs. 2 desselben Gesetzes erlöschen diese Rechte mit Ablauf von zehn Jahren, sofern nicht ihre Eintragung vorher in das Wasserbuch beantragt wird.

Die zehnjährige Feist beginnt:

1. in den Fällen des § 8 des genannten Gesetzes mit dem Inkrafttreten des Gesetzes;
2. im Falle des § 9 mit dem Zeitpunkt der Zustellung des Bescheides, in dem der Berechtigte auf diese Folge der Nichteintragung hingewiesen ist, und
3. in den Fällen des § 10 Abs. 1 und 2 mit dem Zeitpunkte des Entstehens der darin genannten Rechte.

Auf Rechte, die im Grundbuch eingetragen sind, finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Gemäß § 380 Abs. 2 des Wassergesetzes in Verbindung mit § 11 Abs. 2 des Fischereigesetzes wird Vorstehendes hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht und gleichzeitig auf die gesetzliche Folge der nicht rechtzeitigen Stellung des Eintragungsantrages hingewiesen.

Arnsberg, den 4. November 1919.

Namens des Bezirksausschusses — Wasserbuchbehörde.

Der Vorsitzende: J. V.: gez. Schwerin.

Veröffentlicht! 4727

Kamen, den 29. November 1919.

Die Ortsbehörde: Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Die **Gebührentaxe betr. den Kehrbetrieb der Bezirksschornsteinfeger** für den Landkreis Hamm vom 17. 6. 1908 wird, unter Außerkraftsetzung der während des Krieges festgesetzten Zuschläge, in den §§ 6—10 wie folgt geändert:

§ 6.

Für das Reinigen der Schornsteine werden folgende Gebühren festgesetzt:

I. Auf dem platten Lande:

1. Für Schornsteine mit russischen Röhren:
   a) bis zu 8 Meter Höhe . . = 0,60 Mk.
   b) von 8—10 „ „ . . = 0,80 Mk.
   c) von 10—12 „ „ . . = 1,00 Mk.
   d) über 12 „ „ . . = 1,20 Mk.
2. Für besteigbare Schornsteine ist eine Gebühr von 0,25 Mk. für das lfdm., jedoch eine Mindestgebühr von 2,50 Mk. zu entrichten.

II. In Städten und Ortschaften mit geschlossener Bebauung:

1. Für Schornsteine mit russischen Röhren:
   a) bei einstöckigen Gebäuden = 0,60 Mk
   b) für jedes weitere Stockwerk ein Mehr von . . . . . = 0,20 Mk
2. Für besteigbare Schornsteine ist die Gebühr wie zu I, Ziffer 2, zu entrichten.

Kniestücke sowie Bodenräume, deren lichte Höhe 2,50 Meter und darüber betragen, sind als Stockwerke anzusehen.

Bei Schornsteinen, welche die Dachfläche mehr denn 3 Meter überragen, ist jedes weitere Meter mit 0,10 Mk. zu berechnen.

§ 7.

Für das Reinigen einer — ausschließlich gewerblichen Zwecken dienenden — Räucherkammer Entschädigung nach Uebereinkunft, mindestens jedoch 1,50 Mk. für das Geviertmeter

§ 8.

Für das Ausbrennen eines Schornsteines für jedes lfd. Meter 0,60 Mk.

§ 9.

Erfolgt die Schornsteinreinigung auf besondere Bestellung, so wird der Weg mit 1,50 Mark in Anrechnung gebracht.

Dem Bezirksschornsteinfeger ist ein besonderes Wegegeld von 1,50 Mk. zu zahlen, falls er das Kehren angesetzt hat und zur angesetzten Zeit von dem Hauseigentümer weggeschickt wird, weil Wäsche auf dem Boden hänge und dergleichen.

§ 10.

Dem Schornsteinfeger ist für die Teilnahme an der Feuerschau eine tägliche Vergütung von 15,00 Mk. zu gewähren; dieser Betrag kann je nach den Leistungen bis zu 24,00 Mk. pro Tag erhöht werden.

Diese Gebührenordnung tritt, rückwirkend vom 1. November 1919 ab, in Kraft.

Hamm, den 26. November 1919.

Der Landrat: gez. Schulze-Pelkum.

Weihnachten in Bethel.

Je dunkler die Zeit und je mehr sich Lasten und Leiden häufen, desto nötiger brauchen wir alle einen Sonnenstrahl der Liebe, die durch das Kind von Bethlehem in die Welt gekommen ist. Wer möchte solches Licht nicht vor allem denen gern bringen, die durch Krankheit oder Einsamkeit besonders leiden müssen!

Fast 4500 Kranke aller Art, darunter mehrere hundert schwerverwundete und zum Teil aus langer Gefangenschaft heimgekehrte Soldaten wollen wieder in den Häusern von Bethel Weihnachten feiern.

Wer hilft uns, ihnen eine Freude zu bereiten? Alles ist uns willkommen, besonders **Kleidungsstücke**, Spiele, Bilder, Bücher, Zigarren und Tabak oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreut. Je eher die Gaben in unserer Hand sind, um so lieber ist es uns.

Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße

Bethel bei Bielefeld, im November 1919.

F. v. Bodelschwingh, P.

Postscheckkonto: 1904 Hannover.

Wetterbericht.

5. Dez.: Wolkig, teils Sonne, normale Temperatur. Frische Winde.
6. Dez.: Bedeckt, um Null herum. Windig.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute abend 10½ Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Grossvater, Urgrossvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Fördermaschinisten a. D.

Wilhelm Bäcker

zu sich in sein Himmelreich zu nehmen. Er entschlief sanft nach kurzem Leiden, nach einem arbeitsreichen Leben im 66. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Overberge, Derne, Nordbögge, Lerche, Pelkum, Rottum, Hamm und Holzwickede, den 1. Dezember 1919.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause aus statt. 4738

Statt Karten.

Ihre

Vermählung

geben bekannt

Ernst Wischeloh
Elly Wischeloh
geb. Brasse

Rottum, den 4. Dezember 1919.

4676

Zentral-Theater
Kamen.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag:

1 sehr spannendes Detektivstück,
2 grossartige Dramen,
3 Lustspiele.

Um regen Besuch bittet

4736 **Jos Schüttler.**

Bis Samstag, den 6. Dez.: Letzter Tag.



Nicht mit anderen minderwertigen Darbietungen zu verwechseln. Nach langjährigen Reisen unübertroffen auf dem Gebiete. Wissenschaftliche Beurteilung über Charakter, Fähigkeiten sowie Lebensschicksale nach Mlle. Lenormand von Paris, die Napoleon I., Kaiser Friedrich Wilhelm, Königin Josephine, Kaiser Alexander von Rußland jenes offenbarte. 4716

Restaurant zum roten Hirsch in Kamen, Königstraße 6 a part.
Sprechstunden von morgens ½10 bis abends 8 Uhr

Trockenes, gebündeltes

Tannenbrennholz, Buchenbrennholz

ofenfertig geschnitten, grob und fein gespalten zum Anmachen, liefern in jeder Menge vom Lager

Kehler & Klicks,
Unna, Fernsprecher 525.

Bestellungen werden **Ostfriesische 3** entgegengenommen. Lieferung durch eigenes Fuhrwerk nach hier. 4725

Zahlen für

Rentuch Mk. 5.- pro Kilo, große Kaninchenfelle Mk. 4.- pro Stück

sowie für 4706

Eisen, Metalle usw.
höchste Preise.

J. Wolff & Sohn.

Grabdenkmäler, Kriegergedenksteine
in Granit, Marmor und Sandstein. 2269
Otto Böddecker, Unna.



Eine Glanzleistung,
die unübertroffen ist, erzielen Sie mit
Jmmalin
Anerkannt bester Schuhputz
Ueberall erhältlich.

Felke-Heilweise
Naturheilkunde und Homöopathie.
Sprechstunden in Kamen
Rest. „Zum Amtsgericht", Bahnhofstraße, jeden Montag u. Donnerstag von 9–12 u. 2–5 Uhr
583 **W. Schürmann.**

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 2693

Bandwurm
Spul- und Madenwürmer werden schmerz- und gefahrlos in 2 Stunden entfernt. Keine Hungerkur — Prospekt gratis. — 4251
Niewels Naturheilinstitut,
Dortmund, Liebfrauenstraße Nr. 20.

Backofensteine
wieder vorrätig. 4732
Wilhelm Neuhaus, Maurermeister,
Overberge, Fernruf 276.

Lebensmittelverteilung
Amt Unna-Kamen.

1. Auf Fleischzulagekarte 50 Gr. Fleisch. Auf Reichsfleischkarte 125 Gr. Fleisch einschließlich Wurst.
2. Auf Fettkarte 100 Gr. Fett, ferner 200 Gr. Oel, das Kg. zu 12,70 Mk.
3. Auf Lebensmittelkarte 110 Gr. Erbsen, das Pfund zu 1,35 Mk.
4. An die Gemeinden (mit Ausnahme von Siddinghausen, Stockum und Westhemmerde, die später beliefert werden) sind kleinere Mengen Streichkäse geliefert, die Verteilung regeln die Gemeinde-Vorsteher.

Unna, den 1. Dezember 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Amt Pelkum.

In der Woche vom 1.–7. Dezember 1919 werden verteilt:

120 Gr. Margarine zum Preise von 1,22 Mk.
100 Gr. Oel zum Preise von 2,35 Mk.
125 Gr. Nudeln zum Preise von 0,17 Mk.
125 Gr. selbstbeschaffte Wibbelbohnen zum Preise von 0,62 Mk.

Pelkum, den 1. Dezember 1919.

Der k. Amtmann: gez. Friedrichs.

Engl. Leder-Hosen und Joppen

in Friedensqualitäten
sind wieder eingetroffen!

Sander

Bahnhofstr. 7. **Kamen.** Bahnhofstr. 7. 4734

Turnverein zu Kamen.

Samstag, den 6. Dez. abends 9 Uhr, bei Frau F. Jordan:

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Satzungsänderung.
2. Ergänzungswahlen des Vorstandes.
3. Bestätigung der Wahlen der Turnerfeuerwehr.
4. Verschiedenes. 4733

Der Vorstand.

Plethler.

Die **Mutterberatung** findet am **Freitag um 2 Uhr** im Gemeindehause statt.

Ziehung 5.—10. Dez. 1919

Rote Geld-Lotterie

17851 Geldgewinne zahlbar ohne Abzug Mk.

Hauptgew.! 600000 100000 50000

4734

Lose zum Originalpreise von **Mk. 3.30**

für Porto und Liste 40 Pf. mehr vers. auch unt. Nachn.

Björnstil & Bansa
Hamburg 25.

Pelze
das beste
Weihnachts-Geschenk.
Meine Auswahl beträgt weit über
1000 Pelze
Vergleichen Sie meine Preise, meine Qualitäten
Prachtvolle Pelzkragen
für nur 39.00 58.00 75.00
dazu d. passenden **Muffen.**
Herrenpelzkragen
Pelzhüte, Pelzfutter.

Pelzvertrieb
Dortmund nur 6 Königswall 6
1 Treppe.
Kein Laden.
Sonntags geöffnet.
gegenüb. d. Hauptpost. Fahrt bis zu 3 M. wird vergütet.
4589

Warne hiermit jeden, die unwahren Gerüchte über mich weiter zu verbreiten, andernfalls ich gerichtlich vorgehen werde.

Antonie Hochmanski. 4709



lugenlos, 333/000 und 585/000 kauten Sie vorteilhaft bei

Otto Hilburg,
3639 Markt 22.

Modes

Geschäfts-Eröffnung!!

Den geehrten Damen von Kamen und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage in Werne a. d. Lippe ein Spezialgeschäft in

Putz- u. Modewaren

eröffnet habe. Halte stets ein großes Lager in den modernsten Damen-, Trauer- und Kinderhüten. Alte Hüte werden geschmackvoll nach der neuesten Mode umgearbeitet, sowie Pelze und Muffe zu den billigsten Preisen verändert.

Um die mir freundlichst zugedachten Aufträge schnellstens zur Zufriedenheit meiner werten Kundschaft ausführen zu können, habe ich in meinem elterlichen Hause, Kamen, Dortmunderstr. Nr. 10, eine **Annahmestelle** errichtet.

Reelle und prompte Bedienung zusichernd, zeichne

Hochachtend

Auguste Goll,
vormals E. Stemmerich,
Werne a. d. Lippe, Neustr. 133, Telephon 221.

NB. Der werten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich die Straßenbahnfahrt voll zurückerstatte. 4735

Rote Möhren 737
Zentner 10 Mk.
hat abzugeben
W. Neff, Kamen,
Bahnhofstraße 23,
Telephon 122.

Ein Kind
Junge, von 3 Tagen, zu verschenken. 4726
Näheres in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Am Sonntag abend im Saale des Herrn Reinhard ein

Kneifer im Etui,
mit der Firma Rave, Hanau a. M., 4739
verloren.
Abzugeben bei Frau Willmann, Nordenmauer 29.

Subin 2242
Ein bewährtes Vorbeugungsmittel für Schweine gegen **Lahmheit, Steifheit u. Knochenweiche** ist Subin. Pr. à Paket 3 Mk. **Niederl.** in Kamen u. Bergkamen **Drogerie von H. Jacobi.**

Jedermann wird guter Verdienst geboten. Sofort dauernde Einnahme. Eigene Existenz. Bequem im Hause. Schreiben Sie sofort an Versandhaus **„Merkur",** Dortmund, Hamburgerstr. 99.

Aelteres, selbständiges

Mädchen

zum 15. d. Mts. gesucht. Gute Zeugnisse Bedingung.

Näheres in der Geschäftsstelle der „Kamener Zeitung." 4720

Bettnässen!

Behandlung sof. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. ums. Josef Kistler, Reichertshausen a. Ilm. 284a, Obby. 2961

Leder-Handtaschen
echt Offenbacher
in allen Preislagen und modernen Formen empfiehlt
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Beste Preise
für Alteisen, Häute, Felle, Kupfer, Blei usw.
erzielen sie bei
J. Wolff & Sohn.
Telephon 142. 4704